

## Von Kommunisten und Kolumnisten

ERNST-REUTER-HEFTE

---

**Heft 10**

Nils Lange

---

# Von Kommunisten und Kolumnisten

Sebastian Haffner, Matthias Walden  
und das Problem der Anerkennung  
der DDR

**be.bra**  
wissenschaft verlag

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist  
ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere  
für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Verfilmungen  
und die Einspeicherung und Verarbeitung auf DVDs, CD-ROMs, CDs, Videos,  
in weiteren elektronischen Systemen sowie für Internet-Plattformen.

© be.bra wissenschaft verlag GmbH  
Berlin-Brandenburg, 2018  
KulturBrauerei Haus 2  
Schönhauser Allee 37, 10435 Berlin  
[post@bebra-wissenschaft.de](mailto:post@bebra-wissenschaft.de)  
Redaktion der Reihe: Michael C. Bienert  
Lektorat: Matthias Zimmermann, Berlin  
Bildredaktion: Michael C. Bienert  
Umschlag und Satz: typegerecht, Berlin  
Schrift: DTLRomulus 10/13,8pt  
Druck und Bindung: Elbe-Druck, Wittenberg  
ISBN 978-3-95410-215-0  
ISSN 2194-5810

[www.bebra-wissenschaft.de](http://www.bebra-wissenschaft.de)

## Prolog – zwei »Kalte Krieger« an der Mauer

In den frühen Morgenstunden des 13. August 1961 erfuhr der Chefkomentator des Senders Freies Berlin (SFB), Matthias Walden (1927–1984), dass die Ost-Berliner Behörden damit begonnen hatten, die Sektorengrenze zum Westteil der Stadt abzusperren. Damit wurden Waldens Befürchtungen bittere Realität. Schon Wochen vor diesem Tag hatte er sich mit dem Minister für gesamtdeutsche Fragen Ernst Lemmer (CDU) über ein solches Szenario ausgetauscht. Damals hatte ihm Lemmer geraten, nicht von einer bevorstehenden Sperrung der Grenzen zu berichten, da dies die angespannte Lage nur eskalieren würde. Der Journalist, so der Minister, solle durch seine Berichterstattung lieber das SED-Regime in Ost-Berlin eindringlich vor diesem Schritt warnen. Die Appelle, die es zu genüge gab, wurden allerdings nicht erhört – an jenem 13. August begann der Mauerbau.

Matthias Walden fasste sofort einen Plan: Die Maßnahmen der SED mussten minutiös dokumentiert werden. Niemand sollte sich später aus der Verantwortung ziehen können. Die nächsten 20 Stunden arbeitete er durch. Mit einem Kamerateam fuhr der Journalist zu den neuralgischen Punkten der Sektorengrenze. Aus dem Material entstand bereits Ende August die Fernsehdokumentation »Die Mauer«, die nicht nur in der Bundesrepublik, sondern genauso in den USA von Millionen Menschen gesehen wurde. Der Film erreichte sogar höchste Regierungskreise. So wusste die West-Berliner Zeitung *Der Abend* Anfang September 1961 stolz zu berichten, dass auch der amerikanische Präsident John F. Kennedy »Die Mauer« sehe.<sup>1</sup>

1 Vgl. »Auch Kennedy sieht »Die Mauer«, in: *Der Abend* vom 5. September 1961. Zeitungsausschnitt in: Axel-Springer-Verlag Unternehmensarchiv (ASV-UA): Nachlass Matthias Walden, Box 7a: 1961, o. Bl.

Erste Absper-  
rungen in der  
Dresdener Straße,  
13. August 1961.



Waldens Reportage ist einerseits Ausdruck einer tiefen Wut gegen die Machthaber in Ost-Berlin und deren »großen Bruder« in Moskau, andererseits das engagierte Zeugnis eines Berliners, der den tiefen Schmerz über die Teilung der Stadt spürte. Seit 1950 arbeitete Walden, der im Mai 1927 als Eugen Wilhelm Otto Baron von Saß in Dresden geboren worden war, als Journalist in Berlin, nachdem der kommunistische Zensor ihn aus seiner Heimatstadt vertrieben hatte. Sein ganzes Leben lang fühlte er sich mit der »Frontstadt« des Kalten Krieges eng verbunden. Das kämpferische Lebenselixier West-Berlins, des so bekannten »Vorpostens der Freiheit« (Ernst Reuter), wurde zu einem wichtigen Teil seines politischen Selbstverständnisses. Die »Mauer«-Sendung ist außerdem ein Aufruf zum Durchhalten, deren dezidiert antikommunistischer Charakter in den Geist der Zeit passte. Es fielen Sätze wie: »Sie sind wie die Nazis. Sie sind

übel.«<sup>2</sup> Die Souveränität eines Staates könne das SED-Regime nie erlangen, so Walden. Es war eine der heißesten Phasen des Kalten Krieges, und Matthias Walden war einer seiner härtesten publizistischen Kämpfer.

Ebenfalls seit den frühen 1950er Jahren in Berlin und ein Kind dieser Stadt, war der britische Publizist Sebastian Haffner (1907–1999). Im Kaiserreich als Sohn eines Reformpädagogen und Lehrers unter dem Namen Raimund Werner Martin Pretzel in Moabit geboren, war Haffner, nachdem 1933 ein erster Emigrationsversuch gescheitert war, 1938 vor den Nazis nach Großbritannien geflohen. Seit 1954 arbeitete er als Korrespondent des *Observers* wieder in seiner Geburtsstadt. Im Sommer 1961 trennte er sich schließlich von der britischen Zeitschrift, da ihm deren Kurs gegenüber dem kommunistischen Osten zu »weich« wurde. Nach dem Mauerbau warf er den Westmächten ein allzu passives Verhalten vor. Es wunderte eigentlich nicht, dass er stattdessen nun als Leitartikler in Axel Springers *Welt* und der protestantisch-konservativen *Christ und Welt* in Erscheinung trat.

Auch Haffner scheute in seinen Artikeln über das SED-Regime vor Nazi-Vergleichen nicht zurück. Gerade der Schießbefehl an der Mauer erinnerte ihn an Methoden rechtsextremer Freikorps in der Weimarer Republik sowie der Nationalsozialisten. So erregte der Tod des 18-jährigen Peter Fechter, der am 17. August 1962 von DDR-Grenzsoldaten bei seinem Fluchtversuch nach West-Berlin angeschossen wurde und im Todesstreifen der Mauer unter verzweifelten Hilferufen jämmerlich verblutete, das in dieser Zeit ohnehin hysterische Gemüt Haffners besonders. Zwar konnte niemanden diese Tragödie, bei der zur Untätig-

2 »Die Mauer«. Fernsehreportage von Matthias Walden im Sender Freies Berlin am 27. August 1961, 2009 neu hrsg. vom Rundfunk Berlin-Brandenburg, Timecode (TC) 00:32:52-00:32:56.



Matthias Walden,  
1960.

keit verdamnte amerikanische Soldaten und West-Berliner Polizisten gemeinsam mit zahlreichen Bürgern Zeugen wurden, kalt lassen. Doch Haffner ließ seiner Wut freien Lauf. Unter dem Titel »Geduldete Brutalität« warf er am 21. August 1962 in der *Welt* nicht nur dem Regime der DDR »reine Bestialität« vor. Er klagte auch die Westmächte der Beihilfe zum Mord an, was ihm prompt eine Rüge seines stellvertretenden Chefredakteurs Ernst Cramer einbrachte. Die Schlussfolgerungen des streitbaren Publizisten gingen aber noch weiter und berührten die Ebene der seit dem Mauerbau festgefahrenen Deutschlandpolitik. Wer im Westen nach dem Tod Fechters noch mit dem Gedanken spielte, das »Ulbricht-Regime« anzuerkennen, um sich damit mehr politischen Bewegungsraum zu erkaufen, dem fehle es an einem »moralischen Geruchsinne«. Die Deutschen – Haffner schrieb meist, wenn er die deutschen Verhältnisse kritisierte, aus einer distanzierten britischen Pers-



Sebastian Haffner,  
1968.

pektive – hätten allerdings schon einmal bewiesen, dass sie diesen nicht besäßen, womit er auf die Masseneintritte in die NSDAP zu Beginn der 1930er Jahre anspielte.<sup>3</sup>

In ihrer scharfen Kritik an dem SED-Regime und an der »weichen Welle« vieler ihrer Journalistenkollegen und mancher westdeutscher Deutschlandpolitiker nahmen sich Matthias Walden und Sebastian Haffner zu Beginn der 1960er Jahre also nichts. Sie bewegten sich in dieser Zeit auf den Bahnen der damals so populären Totalitarismustheorie in der Lesart des deutsch-amerikanischen Politikwissenschaftlers Carl J. Friedrich. Diese ging von einer Vergleichbarkeit faschistischer und kommunistischer Diktaturen – vor allem stalinistischer Prägung –

3 Sebastian Haffner, Geduldete Brutalität, in: *Die Welt* vom 21. August 1962, S. 3.

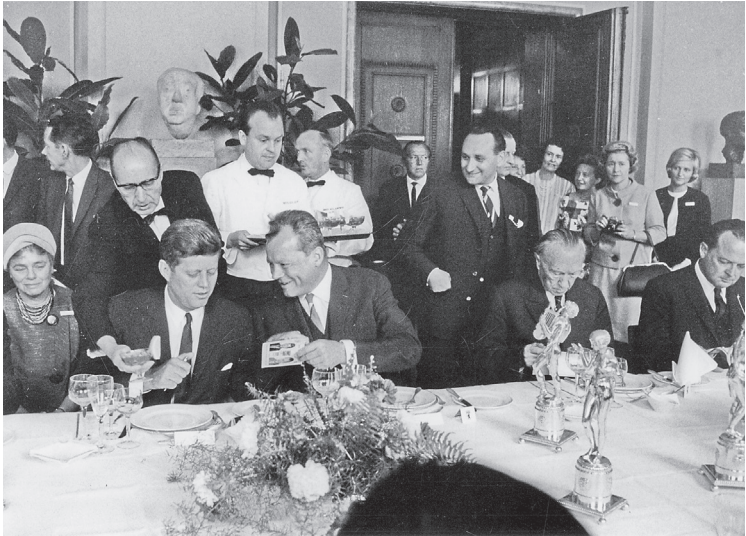
aus. Walden und Haffner verteidigten die liberale Demokratie gegen totalitäre Bedrohungen von rechts und links, wobei sich ihr Engagement, den Umständen des Kalten Krieges geschuldet, in erster Linie gegen die Sowjetunion und die Staaten des Ostblocks richtete. Sie kritisierten aber ebenso die in der Bundesrepublik versäumte Aufarbeitung des Nationalsozialismus sowie die personellen Kontinuitäten in Bundesministerien, Justizwesen und Militär zum »Dritten Reich«.

In den kommenden Jahren brachen sich Überlegungen über einen flexibleren Ansatz im politischen Umgang mit der DDR Bahn, die auch auf das Denken und die politische Haltung der beiden Publizisten Einfluss nehmen sollten. Walden und Haffner gerieten in den Strudel der öffentlichen Debatte um das Für und Wider eines Kurswechsels in der Deutschlandpolitik, die gleichermaßen von Politikern und Intellektuellen mit großer Vehemenz geführt wurde, und sie beteiligten sich auf ganz unterschiedliche Weise und mit unterschiedlichen Standpunkten an ihr. Die beiden personifizierten geradezu diesen Meinungs- und Richtungsstreit um die »richtige« Politik, und sie nutzten das Medium des von ihnen so meisterhaft beherrschten Wortes, um ihren Positionen Nachdruck zu verleihen. Damit verweist der Beitrag auf eine intellektuell überaus anregende Diskussion, die bereits ein halbes Jahrzehnt vor dem Beginn der Neuen Ostpolitik, die gemeinhin mit der Wahl Willy Brandts (SPD) zum Bundeskanzler 1969 in Verbindung gebracht wird, in der bundesdeutschen Öffentlichkeit ausgetragen wurde und die diese maßgeblich mitprägte. Zugleich tritt hinter dem Duell der Worte zwischen Matthias Walden und Sebastian Haffner ein spannendes Kapitel westdeutscher Mediengeschichte und der Entwicklung des politischen Journalismus in den 1960er Jahren zum Vorschein, das es ebenfalls zu entdecken gilt.

## **Tutzing und die öffentliche Diskussion um die Deutschlandpolitik**

Kaum ein anderes Ereignis wird heute mehr mit der Diskussion über eine neue Ost- und Deutschlandpolitik in den 1960er Jahren in Verbindung gebracht wie der Kurzvortrag Egon Bahrs (SPD) am 15. Juli 1963 auf der Tagung des politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing mit dem vielzitierten Titel »Wandel durch Annäherung«. Die ein wenig nebulös anmutenden Begleitumstände trugen freilich zur Legendenbildung des Referates bei. Eigentlich waren Bahrs Ausführungen als ein visionärer Nachtrag zu dem Vortrag des Berliner Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt gedacht, der einen Überblick über den Stand der internationalen Entspannungspolitik und John F. Kennedys »Strategy of Peace« geben wollte. Bahr, zu dieser Zeit Pressechef Brandts, sollte im Anschluss skizzieren, wie sich dies auf die deutsch-deutsche Situation auswirken könnte. Nun verspätete sich Brandt allerdings, der Beitrag Bahrs wurde deshalb vorgezogen und wirkte auf einmal wie der Hauptprogrammpunkt der Tagung, die unter dem Motto »Anerkennung von Realitäten« stand. Bahr warnte vor einer zu engen Diskussion um die Anerkennung der DDR, da diese schlussendlich in eine Sackgasse führen würde. Mit dem Ziel der Wiedervereinigung müssten die Beziehungen zur DDR verbessert werden, damit die Situation für die Menschen während der Teilung erträglicher werde. Die Aufregung war groß: Solche Worte aus dem Mund eines engen politischen Vertrauten Willy Brandts, der als der aufgehende Stern am SPD-Himmel galt, mussten emotionsgeladene Reaktionen hervorrufen – und das umso mehr, weil gerade Brandt sich mit seiner kämpferischen Haltung als Berliner Bürgermeister nach dem Chruschtschow-Ultimatum 1958 und nach dem Mauerbau national und international Anerkennung verschafft hatte. Darüber hinaus suchte er

Empfang für  
US-Präsident John  
F. Kennedy im Rat-  
haus Schöneberg,  
26. Juni 1963. Am  
Tisch Kennedy,  
Willy Brandt und  
Konrad Adenauer,  
im Hintergrund  
stehend Egon Bahr  
(Leiter des Senats-  
presseamts).



seit einiger Zeit den demonstrativen Schulterchluss mit dem jungen US-Präsidenten.

Handelte es sich bei Bahrs prominentem Auftritt in Tutzing also nur um ein inszeniertes Schauspiel oder wurde Willy Brandt an dem Tag tatsächlich von wichtigen Regierungsgeschäften aufgehalten? Diese Frage ist im Nachhinein nicht endgültig zu klären, die beteiligten Protagonisten halten sich in ihren Erinnerungen auffallend bedeckt. Klar ist aber, dass der Regierende Bürgermeister genau wusste, was sein »Alter Ego« in Tutzing vortragen würde. Auch über 30 Jahre nach den Ereignissen wirkte die Überraschung Bahrs in seinen Memoiren über die harsche öffentliche Reaktion auf sein Referat noch immer etwas naiv: »Aber zur gemeinsamen Überraschung und Enttäuschung entzündete sich die Debatte an meinem Diskussionsbeitrag, der nur den eingengten deutschen Aspekt des strategischen Konzepts exempli-

fizieren sollte. [...] Die Heftigkeit der Reaktion mahnte dann zu größerer Vorsicht.«<sup>4</sup>

Die öffentlichen Reaktionen fielen in der Tat zurückhaltend bis ablehnend aus, nur die linksliberale *Frankfurter Rundschau* veröffentlichte einen positiven Kommentar. Auf politischer Ebene war das Urteil ebenfalls eindeutig, selbst die sozialdemokratische Zeitung *Berliner Stimme* sprach wohlwollend nur von einem Recht auf Irrtum. Der stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD Herbert Wehner, der mit allen Mitteln versuchte, seine Partei auf Regierungsfähigkeit zu trimmen, polterte, das Konzept sei »ba(h)rer Unsinn«. Von Union und FDP gar nicht erst zu sprechen, denn beide lehnten eine politische Annäherung an die DDR strikt ab. Einzig Willy Brandt hielt seine schützende Hand über den Freund. Ohne diesen Schutz hätte der Auftritt in Tutzing wohl das Ende der politischen Karriere Egon Bahrs bedeutet. Weniger als zehn Jahre später aber saß Brandt im Kanzleramt und Bahr avancierte zum Chefunterhändler mit Warschau, Moskau und Ost-Berlin.

4 Egon Bahr: *Zu meiner Zeit*, München 1996, S. 155.

## Gerhard Schröders »Politik der Bewegung«

Aus der Perspektive der frühen 1960er Jahre war diese Entwicklung indes kaum abzusehen. Der Mauerbau machte zwar das Ende der Adenauerschen Politik der Abgrenzung gegenüber der DDR und des gelebten freiheitlichen Vorbilds des Westens sichtbar, doch erschien gerade unter diesen Vorzeichen eine Annäherung an das Unterdrückungsregime in Ost-Berlin unmöglich zu sein. Zunächst von Walter Ulbricht und mit Billigung Nikita S. Chruschtschows nur als Interimslösung gegen die Massenabwanderung in den Westen geplant, wurde aber alsbald deutlich, dass die Mauer auf unabsehbare Zeit zur politischen Realität in Deutschland gehören würde. Die erste Aufregung über den Bau verzog, und es wurden Wege gesucht, um mit dem »Monstrum« zu leben.

Unter der Regierung des greisen Gründungskanzlers wurden freilich kaum noch neue Impulse auf dem Gebiet der Ost- und Deutschlandpolitik erwartet. Als »Lame Duck« im Kanzleramt war er für die östlichen Machthaber uninteressant, zudem konzentrierte sich Adenauer auf das Prestigeobjekt der späten Jahre seiner Kanzlerschaft – die deutsch-französische Freundschaft. Der Kanzlerwechsel im Herbst 1963 brachte neuen Wind in die Ostpolitik. Der alte und neue Außenminister Gerhard Schröder (CDU) nutzte den nun größeren Spielraum unter dem Adenauer-Nachfolger Ludwig Erhard (CDU) aus. Noch unter dem Vorgänger hatte der ambitionierte Taktiker Schröder 1963 erste Handelsbeziehungen mit Polen, Ungarn und Rumänien abgeschlossen. Im Frühjahr 1964 kam Bulgarien dazu. Für Schröder, der in seinen öffentlichen Auftritten oft etwas bieder wirkte, ergab eine Entspannungspolitik nur dann Sinn, wenn sie zur Änderung des Status quo beitrug. Dies stand ganz im Gegensatz zu Bahrs Überlegungen, der von einer vorübergehenden Anerkennung des Ist-Zustandes



Bundesaußenminister Gerhard Schröder (rechts) besichtigt die Sektorengrenze am Potsdamer Platz, 18. November 1961. Neben Schröder der Kommandeur der West-Berliner Schutzpolizei Erich Duensing.

gesprachen hatte. Ost-Berlin und Moskau sparte der Außenminister in seiner Handelsoffensive außerdem aus. Sein Ziel war es, den Ostblock zu spalten und die DDR zu isolieren. Walter Ulbricht wetterte deshalb gegen das »Trojanische Pferd« der deutschen Wirtschaft.<sup>5</sup>

Die historischen Bewertungen der ostpolitischen Initiative Gerhard Schröders belaufen sich meist zwischen den Einschätzungen »erfolglos« und »unglücklich«. Ob es der Protest aus Ost-Berlin war oder der Unmut über die eher durchsichtigen Versuche Bonns, im Ostblock für Aufruhr zu sorgen, die Sowjetunion blockierte die Handelspolitik schließlich konsequent. Die Satelliten wichen zurück, die Kohäsion der kommunistischen Staaten war also größer als erwartet. Von weiten Teilen der bundesdeutschen Presse wurde der Außenminister allerdings in seinen Ansätzen unterstützt, die unter der dynamischen Bezeichnung »Politik der Bewegung« bekannt wurden. Dem lag neben einem Avantgardismus in der Ost- und Deutschlandpolitik ein neues Selbstverständnis der Verleger und Journalisten zugrunde: Seit der *Spiegel*-Affäre 1962 sahen sie sich kaum noch als bloße Kommentatoren der Tagespolitik, sondern sie versuchten, eigene Forderungen, teilweise sogar ganze Programme, in die Diskussion einzubringen und sie umzusetzen.<sup>6</sup> Angespornt durch Bahrs Vortrag, spurtete die veröffentlichte Meinung allerdings schnell an der Politik vorbei. Kritik erntete die in Schröders Ansatz vermeintlich inhärente Selbstblockade durch die Ausklammerung der DDR. Doch der Außenminister konnte oder

5 Zit. nach Manfred Görtemaker: *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, München 1999, S. 400.

6 Vgl. Peter Hoeres: *Außenpolitik und Öffentlichkeit. Massenmedien, Meinungsforschung und Arkanpolitik in den deutsch-amerikanischen Beziehungen von Erhard bis Brandt* (= *Studien zur internationalen Geschichte*, Bd. 32), München 2013, S. 69–81.

wollte die bis dahin geltenden Grundsätze der Deutschlandpolitik nicht aufgeben. Das galt insbesondere für die Hallstein-Doktrin, die auf den Diplomaten Wilhelm C. Grewe zurückging und die seit 1955 die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit solchen Staaten ausschloss, die die DDR anerkannten. Das traf aber auf nahezu alle kommunistischen Staaten der Welt zu.

## Möglichkeiten, Grenzen und Gefahren der journalistischen Avantgarde

Eine immer größer werdende Gruppe von Journalisten und Intellektuellen forderte aber eben eine Aufweichung der Hallstein-Doktrin, die Aufgabe des Alleinvertretungsanspruches Bonns sowie die Einbeziehung des SED-Regimes in die Ostpolitik der Bundesregierung. Als beispielhaft dafür kann der Vorstoß der *Zeit*-Redakteure Marion Gräfin Dönhoff, Theo Sommer und Rudolf Walter Leonhardt gelten, die 1964 durch die DDR reisten und ihre Erlebnisse und Erkenntnisse unter dem Titel *Reise in ein fernes Land* veröffentlichten.<sup>7</sup> Die drei Journalisten forderten eine Anerkennung der »permanenten Provisorien«, denn die Förderung einer Gegenrevolution in der DDR sei ohnehin erfolglos und blockiere nur die Evolution des Systems. Das klang bereits erheblich nach dem von Bahr in Tutzing entworfenen »Wandel durch Annäherung«. Das von Günter Grass und Hans-Werner Richter zur Unterstützung der SPD ins Leben gerufene »Wahlkontor deutscher Schriftsteller« forderte vor der Bundestagswahl 1965 gar noch offensiver eine Anerkennung der DDR sowie der Oder-Neiße-Grenze. Willy Brandt, nun nach 1961 bereits zum zweiten Mal Spitzenkandidat der Sozialdemokraten und eigentlich ein Freund der Intellektuellen, sah sich schließlich sogar gezwungen, sich von seinen »Wahlhelfern« zu distanzieren, um innerparteiliche Diskussionen zu vermeiden und für große Teile der Bevölkerung wählbar zu bleiben.<sup>8</sup>

7 Marion Gräfin Dönhoff/Rudolf Walter Leonhardt/Theo Sommer (Hrsg.): *Reise in ein fernes Land. Bericht über Kultur, Wirtschaft und Politik in der DDR*, Hamburg 1964.

8 Vgl. Daniela Münkel: *Intellektuelle für die SPD. Die Sozialdemokratische Wählerinitiative*, in: Gangolf Hübinger/Thomas Hertfelder (Hrsg.): *Kritik und Mandat. Intel-*

Zwar waren manche Journalisten, Verleger und Intellektuelle Vorreiter eines gesamtgesellschaftlichen Umdenkens; auch die Ostdenkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) von 1965 deutete in diese Richtung. In ihr war ebenfalls die Forderung einer Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze enthalten und symbolisierte laut dem Historiker Klaus Hildebrand die Transformation der EKD vom Hüter politischer, moralischer und gesellschaftlicher Tabus zum Blockadebrecher.<sup>9</sup> Allerdings gehörte es zur historischen Wahrheit, dass es im gesellschaftlichen Klima der Bundesrepublik der 1960er Jahre kaum eine Mehrheit für einen Kurs der Verständigung mit dem Osten gab. Die Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach verdeutlichten diesen Sachverhalt. Ende 1967 – bis dahin war die Frage gar nicht gestellt worden – forderte nur ein Drittel der Befragten eine solche Politik, je ein weiteres Drittel bevorzugte eine härtere Gangart oder war noch unentschlossen. Der Meinungswandel setzte erst nach dem Regierungswechsel von 1969 ein. Im Frühjahr 1970 gaben bereits 44 Prozent der Bundesbürger an, die von der sozialliberalen Regierung eingeleiteten Gespräche mit den Staaten des Ostblocks hoffnungsvoll zu sehen. Die Mehrheit der Bevölkerung zeigte sich 1972 schließlich über den Grundlagenvertrag mit der DDR zufrieden, da dieser ihrer Ansicht nach zur Stabilisierung der Verhältnisse nach einer langen Zeit der Unstetigkeit führen würde. Viele der Befürworter schlossen allerdings unter diesen Bedingungen die Möglichkeit einer deutschen Wiedervereinigung aus.<sup>10</sup>

lektuelle in der Deutschen Politik (=Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe, Bd. 3), Stuttgart 2000, S. 222–238, bes. S. 228f.

9 Klaus Hildebrand: Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969. Mit einem einleitenden Essay von Karl Dietrich Bracher (= Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 4), Stuttgart u. a. 1984, S. 96.

10 Institut für Demoskopieforschung Allensbach (Hrsg.): Jahrbuch der Öffentlichen

Publizisten und Intellektuelle konnten sich in der Dynamik der 1960er Jahre relativ leicht an die Spitze gesellschaftlicher Prozesse setzen und hatten zum Teil sogar den Anspruch, diese zu beeinflussen. Neben der bereits erwähnten *Frankfurter Rundschau* und der Wochenzeitung *Die Zeit* waren das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* und die Illustrierte *Stern* die prominentesten Verfechter einer drastischen Richtungsänderung in der Ost- und Deutschlandpolitik, die über die handelspolitischen Initiativen Schröders hinausging. Die Hamburger Publikumszeitschrift *Stern* nahm in der öffentlichen Meinung eine Sonderrolle ein, hatte sie im Frühjahr 1963 doch eine Reichweite von fast 13 Millionen Lesern – der Spitzenwert im Bundesvergleich. Ihr extrovertierter Verleger Henri Nannen hatte dem Blatt bis zum Frühjahr 1963 einen politisch neutralen Kurs verschrieben. Um dies zu untermauern, wurde 1959 als Gegenpol zu der im Allgemeinen ostpolitisch offenen Redaktion sogar der äußerst populäre Antikommunist und US-Remigrant William S. Schlamme als Kolumnist angeworben, der als radikaler Gegner eines wie auch immer gearteten Zugehens auf den Ostblock auftrat. Innerhalb weniger Wochen sollte sich im Frühjahr 1963 die Ausrichtung des *Sterns* allerdings vollständig ändern, was durch die Verpflichtung Sebastian Haffners als »Anti-Schlamme« (Nannen) eingeleitet wurde. Aus Unmut über die zurückhaltende Position seiner Arbeitgeber *Welt* und *Christ und Welt* in Bezug auf die *Spiegel*-Affäre hatte sich Haffner mit den Herren der konservativen Presse überworfen und sich mit Nannen auf eine Zusammenarbeit geeinigt.

Meinung, Bd. 5: 1968–1973, Allensbach u. a. 1974, S. 567–569; Institut für Demoskopieforschung Allensbach: Umfrage über Wiedervereinigung und Grundlagenvertrag vom Dezember 1972 (Tabelle), abgedr. in: Mathias Friedel (Hrsg.): Von der Teilung zur Wiedervereinigung. Dokumente zur Deutschen Frage in der Zeit des Kalten Krieges (1945–1989/90), Wiesbaden 2009, S. 229.



Zeitungskiosk in der Martin-Luther-Straße in Berlin-Schöneberg, Juni 1969.

Haffner stand darüber hinaus wie kein anderer für einen deutlichen Meinungswechsel in der Deutschlandpolitik. Diesen hatte der Kolumnist in einer Hörfunksendung des SFB öffentlich gemacht. Er forderte als ersten Schritt zur Wiedervereinigung den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO sowie den der DDR aus dem Warschauer Pakt. Nur mit einer solchen »Realpolitik« konnte man seiner Meinung nach die Mauer wirklich »loswerden«: »Man muss auch den Mut haben, eine Niederlage eine Niederlage zu nennen und Konsequenzen daraus zu ziehen. Trotz allein ist keine Politik.«<sup>11</sup> Das bedeutete für Haffner

11 »Probleme der Wiedervereinigung«. Hörfunkbeitrag von Sebastian Haffner in der Reihe »Unenteilbares Deutschland« im SFB am 7. März 1963, in: Archiv des Rundfunks Berlin-Brandenburg (AdRBB), SFB-Archiv, Sign. D009664, TC 00:09:19-00:09:30.

den unmissverständlichen Abschied vom Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik, den er noch einige Monate zuvor so vehement verteidigt hatte, als er die Überlegungen zur politischen Anerkennung der DDR mit den Masseneintritten in die NSDAP verglichen hatte.

In seiner ersten *Stern*-Kolumne zur Deutschlandfrage, die den Titel »Geteilt in alle Ewigkeit?« trug, plädierte Haffner sogleich dafür, den 1959 von Chruschtschow vorgeschlagenen Friedensvertrag anzunehmen, da die Westmächte nicht an einer Wiedervereinigung interessiert seien. Dies würde auf die Umwandlung Berlins in eine »Freie Stadt« sowie auf Friedensgespräche mit der Bundesrepublik Deutschland und der DDR als gleichberechtigte Staaten hinauslaufen.<sup>12</sup> Bereits im Spätsommer 1963 trennte sich Verleger Nannen dann von seinem einstigen Zugpferd Schlamm, nachdem es öffentlich zu Reibereien zwischen den beiden prominenten Kolumnisten gekommen war. Sebastian Haffner besaß fortan die Deutungshoheit beim *Stern*, der zu einer Plattform derjenigen wurde, die für eine Verständigung mit Ost-Berlin und Moskau eintraten.<sup>13</sup>

Auf der anderen Seite des journalistischen Meinungsspektrums stand der Verlag Axel Springer mit seinen »Richtungszeitungen« (Hans-Peter Schwarz) *Die Welt* und *Welt am Sonntag*. Aus der bundesdeutschen Zeitungslandschaft ragte insbesondere *Die Welt* heraus, da sie von 1958 bis 1966 stetig steigende Verkaufszahlen vorweisen konnte. Dabei lag sie immer über 200.000 Exemplaren und war somit die verkaufstärkste überregionale Tageszeitung der Bundesrepu-

12 Vgl. Sebastian Haffner, *Geteilt in alle Ewigkeit?*, in: *Stern* vom 24. März 1963, S. 36–44.

13 Siehe hierzu Jürgen P. Schmied: *Sebastian Haffner. Eine Biografie*, München 2010, S. 261–270.



Das Axel Springer Verlagshochhaus kurz vor der Fertigstellung an der Berliner Mauer, August 1966.

blik.<sup>14</sup> In den 1950er und frühen 1960er Jahren noch ein publizistischer Unterstützer Willy Brandts, stellte Springer seine Zeitungen auf Konfrontationskurs zu den Befürwortern einer Verständigung mit der DDR, die sich in den Jahren nach Tutzing 1963 vermehrt im Umfeld des Regierenden Bürgermeisters zeigten. Die spätere Ostpolitik der SPD war für Springer eine Appeasementpolitik nach dem Vorbild Londons und Paris' in den späten 1930er Jahren, die zur Zementierung des Status quo, wenn nicht sogar zur Ausweitung des kommunistischen Machtbereiches in Europa führen würde. Die offensive Haltung der Springer-Blätter gegen das SED-Regime zeigte sich nicht zuletzt in der Errichtung des Verlagshochhauses an der Berliner Sektorengrenze in Kreuzberg, das im Oktober 1966 eingeweiht wurde.

Aufseiten der Gegner einer Annäherung an die DDR und die Sowjetunion positionierte sich darüber hinaus die *Quick*, die mit einer Reichweite von etwas über zehn Millionen Lesern gemeinsam mit dem *Stern* den westdeutschen Illustriertenmarkt dominierte. Chefredakteur der *Quick* war der auf dem publizistischen Schlachtfeld kampferprobte Karl-Heinz Hagen, der von 1960 bis 1962 die *Bild-Zeitung* für Springer zu einem antikommunistischen Kampfblatt gegen Ost-Berlin und Moskau gemacht hatte.<sup>15</sup> Mit von der Partie war Matthias Walden, den Hagen im März 1963 als Kolumnisten zur *Quick* gelotst hatte. Anders als Haffner hatte der SFB-Journalist in den Jahren nach dem Mauerbau keinen Meinungsschwenk vollzogen. Vielmehr glaubte er, angesichts einer »modischen weichen Welle« seine kämpferisch antikommunistische Haltung noch stärker vertreten zu müssen. An Willy Brandt schrieb Walden im August 1963 in einer beruflichen Korres-

14 Vgl. Hans-Peter Schwarz: Axel Springer. Die Biographie, Berlin 2012, S. 357.

15 Vgl. ebd., S. 345.

pondenz: »Ich spiele seit einigen Monaten wöchentlich die Rolle des ›Anti-Haffner‹ in der *Quick*.«<sup>16</sup>

Mit ihrem Engagement in der bis zu den frühen 1960er Jahren eher als unpolitisch und auf Unterhaltung ausgerichteten Illustriertenbranche standen die beiden für ihre politischen Kommentare bekannten Publizisten zudem für eine sichtbare Politisierung der Gesellschaft. In der Einleitung zu einer im Taschenbuch veröffentlichten Kolumnensammlung mit dem bezeichnenden Titel »Politik im Visier« schrieb Walden: »Kopfarbeiter sind vielleicht oft in der Nähe der Gefahr hochmütig zu werden. Elfenbeintürme sind in Demokratien sehr problematische Arbeitsdomizile.«<sup>17</sup> Ganz ähnlich verteidigte Sebastian Haffner seine Tätigkeit vor dem Philosophen Ernst Bloch: »Und diejenigen, die zur Menge sprechen wollen, müssen sich damit abfinden, daß ihre Umgebung alles andere als ein Elfenbeinturm ist.«<sup>18</sup> Intellektuelle und politische Journalisten mussten sich also in einer demokratischen Gesellschaft einbringen und durften sich nicht abkapseln, da waren sich Haffner und Walden einig. In einem Bericht des *Spiegels* von 1966 wurden die *Quick* und der *Stern* schließlich als einzig politische Magazine ihrer Art charakterisiert.<sup>19</sup>

16 Schreiben von Matthias Walden an Willy Brandt vom 22. August 1963, in: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Willy-Brandt-Archiv, Sign. A6, Ordner 45: Korrespondenz P-Z, 1963, o. Bl.

17 Matthias Walden: *Politik im Visier*, Stuttgart 1965, S. 12.

18 Schreiben von Sebastian Haffner an Ernst Bloch vom 26. Oktober 1966, zit. nach Schmied: Sebastian Haffner (wie Anm. 13), S. 263.

19 Vgl. Anonym: »Quick. Lied der Nibelungen«, in: *Der Spiegel* vom 18. April 1966, S. 44–46, hier S. 46.

## »Walden gegen Haffner in den Illustrierten«

Der Meinungsstreit zwischen Sebastian Haffner und Matthias Walden sei ein »altes teutonisches Übel« geistiger Prügelei, dem der »Spießler« noch immer »sensationsgierig« zugesehen habe. »Heute kauft er das Schauspiel am Kiosk: Walden gegen Haffner in den Illustrierten.« Zu diesem doch recht pejorativen Urteil kam im Herbst 1965 der Rezensent Wolfgang Bartsch in der Zeitschrift *Tribüne* in seiner Buchbesprechung von Waldens »Politik im Visier«.<sup>20</sup> Auf einer gewissen Ebene zeigte die Einschätzung die noch in weiten Teilen der Intellektuellenlandschaft vorherrschende Skepsis gegenüber dem publikumswirksamen politischen Journalismus von Haffner und Walden, der sich an eine breite Masse richtete. Bartsch meinte in seinem äußerst herablassenden Artikel darüber hinaus, dass die Kolumnen Waldens kaum ohne die Entgegnungen des »Feindes im Geiste«, Haffner, zu verstehen seien. Auch wenn diese Einschätzung freilich nur auf einen geringen Anteil der Artikel Waldens zutraf und zum Zweck der Abwertung von dessen Arbeit verallgemeinert wurde, zeigt sie den durchaus von Zeitgenossen wahrgenommenen Zusammenhang in der politischen Geisteshaltung dieser beiden Journalisten auf. Im Januar 1964 wurden sie beispielsweise in einer Fernsehdiskussion des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) vom Moderator mit den Worten begrüßt: »Ich habe [...] zwei Journalisten eingeladen, die als Kolumnisten für zwei grosse Illustrierte schreiben und [mit] äusserster Präzision entgegengesetzte Positionen bezogen haben.«<sup>21</sup>

20 Wolfgang Bartsch: Buchbesprechung von Matthias Walden: »Politik im Visier«, in: *Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums* 4. Jg. (1965), H. 16, S. 1761.

21 Abschrift der Fernsehdiskussion »Zur Sache« im ZDF am 22. Januar 1964, in: Deutsches Rundfunk-Archiv, Sign. E065-02-04/0001/188, S. 1.

Cover des Buches *Politik im Visier* von Matthias Walden, 1965.



Untereinander, so versicherten sich Haffner und Walden, waren sie jedoch frei von »persönlichen Ressentiments«.<sup>22</sup> Der *Stern*-Kolumnist äußerte im Frühjahr 1964 sogar die Hoffnung, dass die beiden Journalisten sich in ihrer Meinung einmal wieder näher kommen könnten. Walden hatte ihm zuvor geschrieben: »Der scharfe und polemische Gegensatz, der zwischen Ihrer und meiner Arbeit seit einiger Zeit entstanden ist, blieb bei mir zu meiner eigenen Freude immer ohne jede Spur einer persönlichen emotionalen Antipathie, Verklemmung oder gar Aversion.«<sup>23</sup>

22 Schreiben von Sebastian Haffner an Matthias Walden vom 24. Mai 1964, in: Bundearchiv (BArch), Nachlass Sebastian Haffner, N 2523, Nr. 135, o. Bl.

23 Schreiben von Matthias Walden an Sebastian Haffner vom 4. Mai 1964, in: ebd., o. Bl.

Wer sich wie die meisten Zeitungsleser nur auf das veröffentlichte Wort der Publizisten beziehen konnte, hätte eine solche Anerkennung auf persönlicher Ebene jedoch kaum vermutet. Schließlich war ihr Duell von Härte und Polemik gekennzeichnet. Den ersten Schuss gab Haffner Anfang Mai 1963 ab. In seiner Kolumne »Die Deutschen und ihre Kommunisten« sprach er sich für eine Konföderation zweier deutscher Staaten aus. In Weimar und unter Hitler hätten die deutschen »Nichtkommunisten« die Kommunisten allerdings dermaßen verängstigt, sodass daraus Hass entstanden sei. Den ersten Schritt in Richtung einer Konföderation müsste laut Haffner daher Bonn machen, das in den vergangenen Jahrzehnten durch seinen staatsräsonartigen Antikommunismus diesen Hass weiter geschürt und somit die harte Haltung des SED-Regimes selbst verursacht habe: »Aber mit dem äußeren Frieden muss der innere kommen, und der erfordert, daß sich die Deutschen gegenüber ihren Kommunisten einen Ruck geben, ihre Angst überwinden, auf ihren Zorn verzichten, souverän und tolerant werden. [...] Wenn sie rückblickend Liebknecht und Rosa Luxemburg sympathischer finden als Ulbricht und Hilde Benjamin, dann hätten sie besser daran getan, Liebknecht und Rosa Luxemburg nicht totzuschlagen.«<sup>24</sup> Im Kern von Haffners Argumentation stand erneut die Loslösung aus der NATO und dem Warschauer Pakt, die einer Wiedervereinigung im Wege stünden. Eine solche wollte der Journalist über den Umweg einer Konföderation der beiden deutschen Staaten – und hier wird eine geplante Anerkennung der DDR virulent – erreichen.

Matthias Walden, der sich als Verfechter dieses Bonner Antikommunismus wohl zurecht angesprochen fühlte, nahm die Einlassun-

24 Sebastian Haffner: »Die Deutschen und ihre Kommunisten«, in: *Stern* vom 5. Mai 1963, S. 10 f.

gen Haffners zum Anlass eines Generalangriffs auf die vermeintliche politische 180-Grad-Wende seines Kollegen, wollte aber zugleich all diejenigen treffen, die eine Neudefinierung des Verhältnisses zur DDR forderten. Seiner Kolumne, der er in Anlehnung an Haffners Text den Titel »Die Deutschen und ihre Kolumnisten« gab, schaltete er das Zitat Haffners über den »moralischen Geruchssinn« der Deutschen vor, den dieser wie eingangs erwähnt aufgrund der Diskussionen um eine Anerkennung der DDR nach dem Tod Peter Fechtens an der Mauer in Frage gestellt hatte. Haffners relativierende Haltung gegenüber dem SED-Regime war vor diesem Hintergrund für Walden ein Verrat an einst gemeinsam gehegten Idealen, auf den er gereizt reagierte: »Eine Verharmlosung des Kommunismus und seiner politischen Kriminalität ist lebensgefährlich [...]. Der Journalist, der die Kommunisten der Liebe und der Pflege der Demokratien empfiehlt, muß Aufsehen erregen, aber keine Aufmerksamkeit.«<sup>25</sup>

Die Empfehlung einer Konföderation deutscher Staaten sei indes schon aus politischer Sicht eine Fahrlässigkeit, »wenn die Sowjets an der Oder und Neiße und die Amerikaner aber am Potomac stehen«, kritisierte Walden. Während Haffner versuchte, sich aus den Kategorien des Kalten Krieges zu lösen, band sich Walden beständig an diese. Seiner Meinung nach hatten sich die Umstände im Grunde nicht verändert. Demnach standen sich auf deutschem Boden Freiheit und Diktatur gegenüber, »zwei abgenutzte Begriffe, die der nach Neuem strebende und Neues gebende Journalist nicht mehr mit der Kneifzange anfaßt«. Das Konzept einer Vermischung der beiden Kategorien durch die Versöhnung einsichtiger Antikommunisten und milde

25 Matthias Walden: »Die Deutschen und ihre Kolumnisten«, in: *Quick. Illustrierte für Deutschland* vom 26. Mai 1963, erneut abgedr. in: ders.: *Politik im Visier* (wie Anm. 17), S. 88–92.

gestimmter Kommunisten wäre Walden zufolge aussichtslos. »Ein bißchen Freiheit« gebe es schließlich genauso wenig wie »ein bißchen Schwangerschaft«. <sup>26</sup> Überlegungen bezüglich einer Anerkennung der DDR hatten für Walden somit einen Rückgang des Freiheitsbewusstseins in der Bundesrepublik zur Folge.

Walden glaubte sicherlich nicht, dass Haffner mit den Kommunisten in Ost-Berlin sympathisierte, was freilich auch nicht stimmte. Schon in seinem Rundfunkbeitrag im März 1963 sagte Haffner, dass er für den Kommunismus nichts übrig habe und die Mauer ihn krank mache. <sup>27</sup> Walden vernachlässigte bei seiner Überraschung und Empörung über die Haltung Haffners dennoch, dass sein Konterpart beim *Stern* bereits früher mit den Westmächten genauso hart ins Gericht gegangen war wie mit dem politischen Osten. Seinen Vorschlag, sich aus den internationalen Bündnissen zu lösen, verstand Haffner daher vielmehr als Erweiterung seiner bisherigen Haltung. Er war darum nicht der Meinung, dass er durch seinen Positionswechsel in der Deutschlandpolitik eine gänzlich andere politische Einstellung einnehme als zuvor, sondern sich lediglich an eine veränderte Situation angepasst zu haben, zu der neben dem Mauerbau auch das »atomare Patt« der beiden Supermächte USA und Sowjetunion gehörte.

In seiner Entgegnung in der *Quick* warf Walden Haffner vor, den Freiheitswillen der Menschen in der DDR zu verkennen. Dieser hatte sich für Walden unverkennbar während des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 gezeigt, dessen zehnter Jahrestag zum Zeitpunkt der Kontroverse kurz bevorstand. Hier habe sich die Sehnsucht nach dem politischen und ideellen Bezugsrahmen des »Westens« seiner »Lands-

26 Ebd., S. 92.

27 Vgl. »Probleme der Wiedervereinigung« (wie Anm. 11), TC 00:08:52-00:08:59.

leute« gezeigt, so der ehemalige DDR-Bürger Walden in einem Radio-kommentar Mitte der 1950er Jahre.<sup>28</sup> Spätestens seit der gewaltsamen Niederschlagung der Proteste in der DDR galt für Walden die Westbindung der Bundesrepublik als *conditio sine qua non* für die Wiedervereinigung. Von dieser Bedingung wollte er sich nicht lösen, womit sich die Schärfe seiner Polemik gegen Sebastian Haffner zumindest nachvollziehen lässt. Paradoxerweise wirkten Haffners Forderungen und seine Kritik an den internationalen Bündnissen weitaus nationalistischer als Waldens antikommunistisch motivierte Abgrenzung zur DDR, die dieser an einen westlich-liberalen Antitotalitarismus anzuknüpfen versuchte. So urteilte auch der katholisch-konservative *Rheinische Merkur* im Mai 1964 über Haffner kritisch: »In die Verharmlosung der Kommunisten mischt Haffner verdächtig nationalistische Züge.«<sup>29</sup> Der Gegensatz zwischen Haffner und Walden Mitte der 1960er Jahre erinnerte somit in gewisser Weise an die leidenschaftlichen Debatten über die außenpolitische Orientierung Bonns zwischen Kurt Schumacher und Konrad Adenauer in der Frühphase der Bundesrepublik.

Freilich zeigte sich die konträre Haltung der beiden Journalisten über die Grundausrichtung der Bonner Außen- und Deutschlandpolitik hinaus auch in den tagespolitischen Debatten. So war für Walden bereits die Einrichtung der Handelsmission in Warschau im April 1963 eine Unterwanderung der Hallstein-Doktrin, eine »getarnte Bot-

28 Matthias Walden: Die Fronten erstarren – Februar 1954, in: ders.: Berliner Mikrophon 1953–1959. Eine Chronik in Kommentaren. Manuskript im ASV-UA, Nachlass Matthias Walden, Ordner: Berliner Mikrophon, S. 13–16, hier S. 15.

29 Erwin Morhard: »Sebastian Haffners Umweg«, in: *Rheinischer Merkur* vom 8. Mai 1964, zit. nach Schmied: Sebastian Haffner (wie Anm. 13), S. 282.

schaft«, die es abzulehnen galt.<sup>30</sup> Die Politik Gerhard Schröders empfand er ohnehin als verfehlt, da die kommunistischen Staaten kaum unabhängig von Moskau handeln könnten. Darin war er sich zwar mit Sebastian Haffner einig, doch forderte der *Stern*-Kolumnist, nachdem die »Politik der Bewegung« zum Stillstand gekommen war, eben die Ausweitung der Handelsbeziehungen auf die DDR und die Sowjetunion.<sup>31</sup>

30 Matthias Walden: »Die getarnte Botschaft«, in: *Quick. Illustrierte für Deutschland* vom 14. April 1963, erneut abgedr. in: ders.: *Politik im Visier* (wie Anm. 17), S. 174-177.

31 Vgl. Sebastian Haffner: »Ausgerechnet Rumänien«, in: *Stern* vom 25. September 1966, S. 184f.

## Versuchsfeld Berlin – das Passierscheinabkommen 1963

Bald nach Tutzing versuchte die »Heilige Familie« in Berlin – mit Willy Brandt, Egon Bahr, Innensenator Heinrich Albertz (SPD) und dem Senator für Bundesangelegenheiten Klaus Schütz (SPD) –, den Worten Taten folgen zu lassen. Die Sonderrolle der ehemaligen Reichshauptstadt als *de jure* Vier-Mächte-Stadt und die unmittelbar veranschaulichte Perfidität der Teilung in Form der Mauer machten die Stadt zum idealen Versuchsfeld einer »Politik der kleinen Schritte«: Hier konnten unterhalb der völkerrechtlichen Ebene Versuche unternommen werden, die Mauer durchlässiger zu machen. Konkret ging es um eine Zusammenarbeit mit den Ost-Berliner Behörden – mit dem Ziel, das menschliche Leid der durch die Teilung besonders hart getroffenen Berliner zu lindern. Über Geheimkontakte in die Moskauer Vertretung in Ost-Berlin ließ Egon Bahr anfragen, ob nicht noch zur Weihnachtszeit 1963 Besuche von West-Berlinern im Ostteil der Stadt möglich wären. Anfang Dezember vermeldeten die Zeitungen ein bevorstehendes Passierscheinabkommen. Tatsächlich konnten sich die Verhandlungspartner einigen. Vom 7. Dezember 1963 bis zum 5. Januar 1964 besuchten insgesamt 1,2 Millionen West-Berliner ihre Familien und Freunde jenseits der Mauer. Das Abkommen war ein Erfolg auf ganzer Linie. Das Ergebnis einer Anfang Januar 1964 durchgeführten Umfrage im Auftrag des Berliner Senats ergab, dass bis zu 90 Prozent der West-Berliner weiteren »Ost-Verhandlungen« positiv gegenüberstanden.<sup>32</sup>

32 Vgl. Anonym: »Berlin-Umfrage«, in: *Der Spiegel* vom 15. Januar 1964, S. 14. – Zur Entstehung und Bedeutung des Passierscheinabkommens vgl. Wilfried Rott: *Die Insel. Eine Geschichte West-Berlins 1948–1990*, München 2009, S. 222–225.

Wiedersehen am  
Grenzübergang  
Oberbaum-  
brücke, Dezem-  
ber 1963.



Den losgelösten Emotionen dieser Tage konnte sich auch ein profiliertes Kritiker der Annäherungspolitik wie Matthias Walden nicht entziehen. In einer 30-minütigen Fernsehdokumentation würdigte er das Passierscheinabkommen als »unglaubliches, fast unbegreifliches Ereignis«. Er wies aber gleichzeitig darauf hin, dass das SED-Regime nach einer erfolgten politischen Anerkennung solche Akte der »kontingierten Menschlichkeit« nicht mehr zu leisten bräuchte, sondern stattdessen die Teilung betonieren würde.<sup>33</sup> Für Sebastian Haffner hingegen gingen die Besuchsvereinbarungen noch nicht weit genug. Deutsch-deutsche Gespräche auf Ministerebene müssten es schon sein, wolle

33 »Weg durch die Mauer. Passierscheinabkommen«. SFB-Fernsehdokumentation von Matthias Walden, Erstausstrahlung am 9. Januar 1964, in: AdRBB, Sign. 0000200453.

man wirklich Bewegung in die Deutschlandpolitik bringen, forderte er in der ZDF-Diskussion »Zur Sache«, in der er gemeinsam mit Matthias Walden am 22. Januar 1964 über die politischen Folgen des Passierscheinabkommens debattierte. Kurz vor der Sendung hatte der Kolumnist im *Stern* einen »innerdeutschen Marshallplan« ins Gespräch gebracht. Damit könnte eine innerdeutsche Reisefreiheit einhergehen, für die man dann eben mal ein »wirkliches politisches Opfer« bringen müsste.<sup>34</sup> Der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik war für Haffner nur noch eine Fessel, von der sich die Bonner Politik alsbald befreien müsse. Eine politische Anerkennung der DDR sollte dem nicht im Wege stehen. Walden übte sich angesichts dieser Forderungen in Contenance und verwies auf den Unterschied von Bewegungslosigkeit und Immobilismus. Bewegung allein sei kein Fortschritt, so Walden weiter, es komme auf die Richtung an.<sup>35</sup>

Die Journalisten flankierten in der Talkshow den Initiator des Passierscheinabkommens, Egon Bahr, sowie den CSU-Außenpolitiker Karl-Theodor zu Guttenberg. Walden und Guttenberg kritisierten gemeinsam das in Berlin zur Politik gewordene Konzept des »Wandels durch Annäherung«, das ihrer Ansicht nach die Teilung manifestieren und eine Wiedervereinigung verhindern würde. Bahr hingegen überließ dem in Fahrt gekommenen Haffner das Feld. Der kluge Kopf der Berliner Senatskanzlei hatte aus Tutzing gelernt. Warum die künftige Politik durch vorschnelle Aussagen kompromittieren, wenn Haffner sowieso schon drei Schritte weiter war? Dass dieser die »alte Politik« Adenauers als gescheitert abkanzelt und meint, sie habe zur Mauer und zum Schießbefehl geführt, brachte ihm selbst die öffentliche Zu-

34 Vgl. Sebastian Haffner: »Neujahrsvorsatz, fortgesetzt«, in: *Stern* vom 19. Januar 1964, S. 6f.

35 Vgl. »Zur Sache« (wie Anm. 21), S. 1 f.

stimmung des ungeliebten ostdeutschen »Kollegen« Karl-Eduard von Schnitzler ein. Es kam sogar zu einem kleinen Briefwechsel zwischen Haffner und Schnitzler. Kurzzeitig stand ein Treffen im Raum, aus dem dann aber nichts wurde.<sup>36</sup>

Für Matthias Walden boten Haffners Ausführungen während des gemeinsamen Auftritts im ZDF einen guten Anlass, um wenige Wochen später nochmals in der *Quick* nachzulegen. In einem Plädoyer gegen die Anerkennung des »Ulbricht-Regimes« hieß es: »Allen voran, bedenkenlos und ohne Deckung, Sebastian Haffner, immer schneller laufend und nun schon so weit, daß sogar Freundesstimmen ihn vor der Gefahr des Überlaufens warnen. Aber er hört schon nicht mehr, denn dort drüben im politischen Osten, wo kommunistische Zeitungen ihn entzückt nachdrucken, ist für ihn bereits kein Gegner mehr zu erkennen, wie er selbst bekundete.«<sup>37</sup> In einem Leserbrief stimmte zu Guttenberg mit ein, der neben den beiden Journalisten im Fernsehstudio Platz genommen hatte. Haffner sei ein »unabsehbares Unheil«.<sup>38</sup> Diese Einschätzung des CSU-Politikers, der später einmal zu Egon Bahr sagte: »[I]ch bin kein Nationalist [wie Sie], ich bin für die Freiheit«<sup>39</sup>, wirkte etwas übertrieben, denn schließlich war Haffner weder Regierungschef noch Chefdiplomat, sondern ein Journalist, der schon von Berufs wegen zu geistiger Freiheit neigte. Die persönliche

36 Vgl. das Schreiben von Sebastian Haffner an Karl-Eduard von Schnitzler vom 16. April 1964, in: BAArch, N 2523, Nr. 128, o. Bl.

37 Matthias Walden: »Hier ist Irren unmenschlich«, in: *Quick. Illustrierte für Deutschland* vom 9. Februar 1964, erneut abgedr. in: ders.: *Politik im Visier* (wie Anm. 17), S. 107–112, hier S. 108.

38 Leserbrief von Karl Theodor Freiherr zu Guttenberg zu der Kolumne von Matthias Walden »Hier ist Irren unmenschlich« vom 9. Februar 1964, in: *Quick. Illustrierte für Deutschland* vom 8. März 1964, S. 3.

39 Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, Fußnoten, Stuttgart 1971, S. 140.

Kontroverse zwischen Sebastian Haffner und Matthias Walden spiegelte allerdings das spannungsgeladene Klima der Zeit wider. Es liegt auf der Hand, dass sie leidenschaftlich geführt wurde, schließlich ging es um das Kernproblem der Bonner Deutschlandpolitik: den Umgang mit der DDR.

Gelöst beziehungsweise ad absurdum geführt wurde dieses freilich erst einige Jahre später, nachdem auch die Große Koalition von 1966 bis 1969 mit einem Außenminister Willy Brandt die politische Anerkennung des SED-Regimes zu umschiffen versucht hatte und dabei mehr oder weniger im Packeis des politischen Ostens steckengeblieben war. Nach dem »Machtwechsel« in Bonn und dem Einzug Brandts und Bahrs ins Kanzleramt in einer sozialliberalen Koalition stellte das Problem der Anerkennung der DDR kein Hindernis mehr dar. Die Regierung wartete nicht lange: Schon in der Regierungserklärung sprach Bundeskanzler Brandt von zwei deutschen Staaten, nach den Verträgen von Warschau und Moskau 1970 (Haffner: »Wo Bismarck und Adenauer scheiterten«<sup>40</sup>) folgte 1972 der Grundlagenvertrag mit der DDR (Walden: »Teilungspapier«<sup>41</sup>). Die gemeinsame Aufnahme in die Vereinten Nationen ein Jahr später machte die politische Gleichberechtigung der beiden deutschen Staaten schließlich offensichtlich. Die Debatten rissen nicht ab, doch wandelte sich der Charakter. Auch Haffner und Walden sollten sich in dieser Frage noch einige Male begegnen. Die Intensität der Jahre 1963/64 erreichte ihre Auseinandersetzung jedoch nicht mehr.

40 Sebastian Haffner: »Wo Bismarck und Adenauer scheiterten«, in: *Stern* vom 1. Oktober 1972, S. 194.

41 Matthias Walden: »Statt Deutschland nur noch ›BRD‹«, in: *Die Welt* vom 16. November 1972, S. 4.

## Epilog – »Internationaler Frühschoppen« 1971

Am 15. August 1971 war es wieder einmal so weit. Haffner und Walden trafen im Fernsehstudio des Westdeutschen Rundfunks (WDR) aufeinander: Gemeinsam waren sie zum »Internationalen Frühschoppen« bei Werner Höfer eingeladen. Der historische Anlass war – wie sollte es anders sein bei diesen beiden Protagonisten – der zehnte Jahrestag des Mauerbaus. Aktuell ging es darum, die multilateralen Gespräche auf Diplomatenebene zu bewerten, an deren Ende das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin stehen sollte.<sup>42</sup>

In ihrer politischen Haltung hatten sich Haffner und Walden in den vergangenen Jahren immer weiter voneinander entfernt. Fernab der deutschlandpolitischen Arena hatten die beiden Journalisten auch in anderen politischen und gesellschaftlichen Debatten entgegengesetzte Positionen bezogen. Die Große Koalition von 1966 beispielsweise war für Haffner ein großes Übel, das ihn aufgrund einer vermeintlich »mundtoten« Opposition, was ihn an 1933 erinnerte, ähnlich wie Günter Grass die erneute Emigration in Erwägung ziehen ließ. Genau wie der Literat, der kämpferisch verkündete: »Es wird hiergeblieben!«<sup>43</sup>, verwarf auch Haffner diesen Gedanken und entschloss sich hingegen zur Unterstützung der sogenannten Außerparlamentarischen Opposition (APO).

Matthias Walden auf der anderen Seite begrüßte das Zusammengehen der Union und der SPD. An Egon Bahr schrieb er: »Endlich macht

42 »Internationaler Frühschoppen« im WDR vom 15. August 1971, in: Video-Archiv des Westdeutschen Rundfunks, Sign. 0163146.

43 Günter Grass: »Das Gewissen der SPD«, in: *Die Zeit* vom 9. Dezember 1966, erneut abgedr. in: ders.: *Über das Selbstverständliche. Reden, Aufsätze, Offene Briefe, Kommentare*, Neuwied u. a. 1968, S. 128–131, hier S. 131.



Sebastian Haffner (Mitte) besucht eine Informationsveranstaltung in der Technischen Universität Berlin zu den Studentendemonstrationen anlässlich des Schah-Besuchs, 30. Juni 1967.

der Blick nach Bonn wieder Freude!«<sup>44</sup> Er hoffte auf eine relativierende Wirkung der Regierungsverantwortung auf die in seinen Augen deutschlandpolitischen Illusionen der SPD. Es sollte freilich anders kommen. Die staats- und regierungskritischen Proteste der APO waren ihm ein Dorn im Auge, in ihrem Kern undemokratisch, mehr eine »anti-parlamentarische Opposition« also.<sup>45</sup> Über Sebastian Haffners Haltung zeigte sich Walden zunehmend irritiert.

Dementsprechend saßen sie sich auch beim Frühschoppen im WDR gereizt und unversöhnlich gegenüber. Sichtlich genervt wirkte

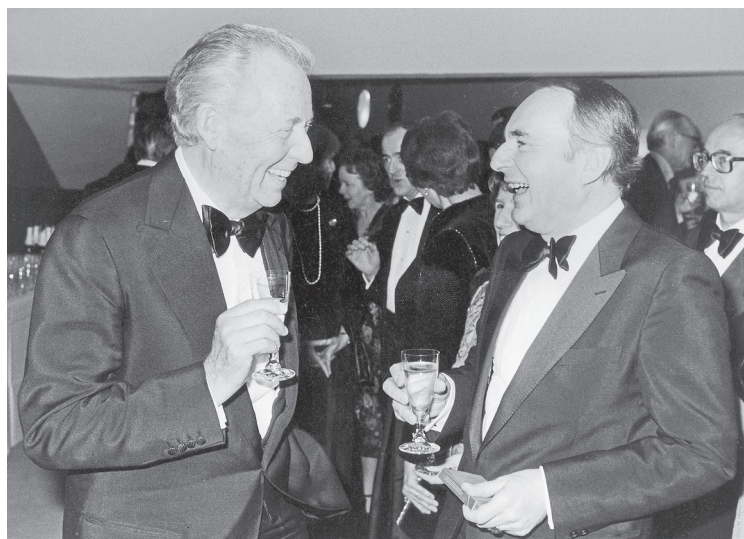
44 Schreiben von Matthias Walden an Egon Bahr vom 24. Februar 1967, in: ASV-UA, Nachlass Matthias Walden, Box 44: SFB 1966-67, o. Bl.

45 Schreiben von Matthias Walden an Eugen Gerstenmaier vom 13. Juni 1968, in: ebd., Box 45: SFB 1968, o. Bl.

Haffner, als Walden ihn erneut wegen seiner einstigen Aussagen zum »moralischen Geruchssinn« zur Rede stellen wollte. Als der SFB-Kommentator, der seit 1967 ebenfalls regelmäßig Leitartikel für die Springer-Blätter *Welt* und *Welt am Sonntag* verfasste, der Bonner Ost- und Deutschlandpolitik mit einer eigenen Wortschöpfung die Gefahr des »Ausverschenkens« vorwarf, hörte man Haffner im Hintergrund nur noch stöhnen. In seinen Augen hatte sich Brandt mit seiner Ostpolitik zu einem größeren Kanzler als Otto von Bismarck gemacht. Größer als Adenauer allemal, für den Brandt nun die »Aufräumarbeit« leisten müsse. Die Möglichkeit, die Haffner 1964 aufgeworfen hatte, die beiden Journalisten könnten sich in ihrer politischen Einstellung einmal wieder näherkommen, schien kaum noch vorstellbar.

Fest verankert im Westen, profitierte die Politik Brandts allerdings von der Adenauerschen Westbindung. Die deutliche Zugehörigkeit zum westlichen Bündnissystem der Bundesrepublik Deutschland wird von einigen Kritikern und auch Befürwortern der Neuen Ostpolitik bis heute immer wieder verkannt. Überlegungen wie die Lösung aus den internationalen Bündnissen, die Möglichkeit einer deutschen Konföderation auf dem Weg zur Wiedervereinigung, wie sie Haffner Mitte der 1960er Jahre gefordert hatte, spielten in der Neuen Ostpolitik keine Rolle. Nichtsdestotrotz war Haffner Teil einer journalistischen Avantgarde, die ein neues deutschlandpolitisches Denken ermöglichte und geistige Blockaden zum Bröckeln brachte.

Die skeptischen und sich gegen diesen Geist stemmenden Kommentare Matthias Waldens wirken in der historischen Rückschau teilweise anachronistisch. Doch sie dürfen eben nicht aus ihrer Zeit herausgerissen werden und hatten auf lange Sicht durchaus ihren Wert. Ende der 1990er Jahre schrieb der spätere Brandt-Biograf und Apologet der Neuen Ostpolitik Peter Merseburger über Walden beispielsweise: »Doch ist ihm ein Verdienst gewiß: Er hat den Wunsch



Axel Springer  
(links) und  
Matthias Walden  
auf einem  
Empfang, 1982.

nach dieser Einheit stets wachgehalten, was für etliche Anhänger der Entspannungspolitik, vor allem für eine jüngere Generation von Sozialdemokraten in der Spätphase der Entspannungspolitik leider nicht mehr selbstverständlich war. Und als Moralist hat er unermüdlich darauf bestanden, daß die Unterschiede zwischen den beiden Systemen kritisch wahrgenommen würden.«<sup>46</sup> Sich selbst betrachtete Walden zunehmend gern als »einsamen Rufer in der Wüste«<sup>47</sup>, als eine Kas-

46 Peter Merseburger: Der aufrechte Moralist, in: Bettina von Saß (Hrsg.), »Er war ein guter Feind«. Zum 15. Todestag von Matthias Walden äußern sich seine Kritiker, Berlin 1999, S. 107–110, hier S. 109.

47 Daniel Schwane: Konservativer Vordenker oder vergessenes Fossil des Kalten Krieges? Der Publizist und Journalist Matthias Walden als Streiter für Freiheit und Demokratie, in: Deutschland Archiv 41. Jg. (2008), H. 1, S. 75–84, hier S. 83.

sandra, die tragische Heldin aus der griechischen Mythologie, die die Trojaner vor dem hölzernen Pferd der Griechen warnte, auf die aber im Jubel des vermeintlichen Sieges niemand hören wollte.

Matthias Walden starb am 17. November 1984 nach kurzer und schwerer Krankheit in West-Berlin. Sein Verleger Axel Springer, der den zum Mitherausgeber der *Welt* aufgestiegenen Journalisten zu seinem designierten Nachfolger in der Verlagsleitung gemacht hatte, schrieb noch wenige Wochen vor seinem eigenen Tod im September 1985, dass er den Verlust Waldens wohl nie verwinden werde.<sup>48</sup> Beide starben im Glauben daran, dass durch die Neue Ostpolitik und die politische Anerkennung der DDR die Chance auf die Wiedervereinigung verspielt worden sei. Die deutsche Einheit in Freiheit erlebten sie nicht mehr.

Sebastian Haffner blieb noch bis 1975 beim *Stern*. Den Zusammenbruch der Sowjetunion und die Wiedervereinigung erlebte er als erfolgreicher freier Autor, der sich nun vermehrt historischen Themen widmete. Als im November 1989 die Berliner Mauer fiel, war sein politischer Kommentar jedoch wieder gefragt und auch Haffner schlüpfte in die Rolle der Cassandra, die er wie Walden so gern spielte, dass der Haffner-Biograf Jürgen Peter Schmied diese sogar als seine »Parade-rolle« beschrieb.<sup>49</sup> Die Wiedervereinigung lehnte Haffner ab. Zu groß war für ihn die Gefahr eines nationalen Größenwahns der Deutschen, einer Wiederholung des Höllentrips der 1930er Jahre. Ein vereintes Deutschland werde zudem aufgrund der Angst der Nachbarn erneut international isoliert werden, sagte er voraus. Haffner zog sich langsam aus dem öffentlichen Leben zurück und verstarb am 2. Januar 1999.

48 Vgl. Schwarz: Axel Springer (wie Anm. 14), S. 647.

49 Schmied: Sebastian Haffner (wie Anm. 13), S. 478.

Seine düsteren Szenarien traten indes nicht ein. Für viele blieb er ein »fremder Freund« wie es der brillante Essayist Joachim C. Fest einige Jahre später so treffend auf den Punkt brachte.<sup>50</sup>

Die Kontroverse zwischen Matthias Walden und Sebastian Haffner ist in der historischen Perspektive also in mehrfacher Hinsicht aufschlussreich: Sie zeigt auf dem Gebiet der Deutschlandpolitik und bei der Frage einer möglichen Anerkennung der DDR die Möglichkeiten und Grenzen sowie letztlich auch die Gefahren jener gesellschaftlichen Dynamik auf, welche die politischen, kulturellen und sozialen Veränderungen der 1960er Jahre in so entscheidender Weise vorantrieb. Sie veranschaulicht darüber hinaus schlaglichtartig die unterschiedliche intellektuelle Entwicklung zweier antitotalitär motivierter Publizisten, deren politische Haltung zu Beginn des Jahrzehnts nur in Nuancen voneinander abwich. Damit verweist das »Duell der Worte« zwischen Walden und Haffner nicht zuletzt auf künftige Forschungsperspektiven für eine Intellectual History der Bundesrepublik Deutschland.

50 Joachim C. Fest: Der fremde Freund: Die Widersprüche des Sebastian Haffner, in: ders.: Begegnungen. Über nahe und ferne Freunde, Reinbek b. Hamburg 2004, S. 21-54.

## Weiterführende Quellen und Literatur

- Bahr, Egon: *Zu meiner Zeit*, München 1996.
- Creuzberger, Stefan: *Westintegration und Neue Ostpolitik. Die Außenpolitik der Bonner Republik (= Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert, Bd. 14)*, Berlin 2009.
- Marion Gräfin Dönhoff/Rudolf Walter Leonhardt/Theo Sommer (Hrsg.): *Reise in ein fernes Land. Bericht über Kultur, Wirtschaft und Politik in der DDR*, Hamburg 1964.
- Eibl, Franz: *Politik der Bewegung. Gerhard Schröder als Außenminister 1961–1966 (= Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 60)*, München 2001.
- Fest, Joachim C.: *Begegnungen. Über nahe und ferne Freunde*, Reinbek b. Hamburg 2004.
- Görtemaker, Manfred: *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, München 1999.
- Ders.: *Die Ursprünge der »neuen Ostpolitik« Willy Brandts [1998]*, in: ders.: *Deutschland und der Westen. Gedanken zum 20. Jahrhundert*. Hrsg. von Michael C. Bienert, Stefan Creuzberger, Kristina Hübener u. Matthias Oppermann, Berlin 2016, S. 123–138.
- Hildebrand, Klaus: *Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969. Mit einem einleitenden Essay von Karl Dietrich Bracher (= Geschichte der Bundesrepublik, Bd. 4)*, Stuttgart 1984.
- Hodenberg, Christina von: *Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945–1973 (= Moderne Zeit. Neue Forschungen zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 12)*, Göttingen 2006.
- Hoeres, Peter: *Außenpolitik und Öffentlichkeit. Massenmedien, Meinungsforschung und Arkanpolitik in den deutsch-amerikanischen Beziehungen von Erhard bis Brandt (= Studien zur internationalen Geschichte, Bd. 32)*, München 2013.

- Lange, Nils: Das politische Denken des Publizisten Matthias Walden, in: Sebastian Liebold/Frank Schale (Hrsg.): Neugründung auf alten Werten? Konservative Intellektuelle und Politik in der Bundesrepublik, Baden-Baden 2017, S. 177–193.
- Saß, Bettina von (Hrsg.): »Er war ein guter Feind«. Zum 15. Todestag von Matthias Walden äußern sich seine Kritiker, Berlin 1999.
- Münkel, Daniela: Intellektuelle für die SPD. Die Sozialdemokratische Wählerinitiative, in: Gangolf Hübinger/Thomas Hertfelder (Hrsg.): Kritik und Mandat. Intellektuelle in der Deutschen Politik (= Wissenschaftliche Reihe der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Bd. 3), Stuttgart 2000, S. 222–238.
- Rott, Wilfried: Die Insel. Eine Geschichte West-Berlins 1948–1990, München 2009.
- Schmied, Jürgen Peter: Sebastian Haffner. Eine Biografie, München 2010.
- Schwane, Daniel: Konservativer Vordenker oder vergessenes Fossil des Kalten Krieges? Der Publizist und Journalist Matthias Walden als Streiter für Freiheit und Demokratie, in: Deutschland Archiv 41. Jg. (2008), H. 1, S. 75–84.
- Schwarz, Hans-Peter: Axel Springer. Die Biographie, Berlin 2012.
- Taylor, Frederick: Die Mauer. 13. August 1961 bis 9. November 1989 (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 797), Bonn 2009.
- Walden, Matthias: Politik im Visier, Stuttgart 1965.

## **Bildnachweis**

**Landesarchiv Berlin, F Rep. 290** S. 6: Nr. 0295712; S. 12: Nr. 0090458 (Max Jacoby); S. 15: Nr. 0078852 (Gert Schütz); S. 21: Nr. 0136564 (Odehnal); S. 23: Nr. 0114277 (Hans Seiler); S. 39: Nr. 0121127 (Ludwig Ehlers).

**Seefeld Verlag** S. 27.

**ullstein bild** S. 8: Nr. 00706597; S. 9: Nr. 00074840 (Hyzdal von Miserony); S. 34: Nr. 1014265161 (Zentralbild – Wilfried Glienke); S. 41: Nr. 00116649 (Rondholz).

**Cover** West-Berliner Polizisten beobachten die Vorgänge auf der anderen Seite der Sperrmauer an der Behmstraße in Wedding, 16. Oktober 1961. Landesarchiv Berlin, F Rep. 290, Nr. 0001063\_C (Horst Siegmann).

**Umschlagseite hinten links** Matthias Walden, 1960. ullstein bild, Nr. 00706597

**Umschlagseite hinten rechts** Sebastian Haffner (Mitte) besucht eine Informationsveranstaltung in der Technischen Universität Berlin zu den Studentendemonstrationen anlässlich des Schah-Besuchs, 30. Juni 1967. Landesarchiv Berlin, F Rep. 290, Nr. 0121127 (Ludwig Ehlers).

## **Der Autor**

Nils Lange, geboren 1987, Studium der Geschichtswissenschaften, Politik- und Verwaltungswissenschaften und Zeitgeschichte in Potsdam. Seit 2015 Doktorand und Lehrbeauftragter an der Professur für Geschichte des 19./20. Jahrhunderts der Universität Potsdam. Seit 2016 Promotionsstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung. Forschungen zur Intellectual History im Kalten Krieg.

STIFTUNG  
ERNST-REUTER-ARCHIV

Die Stiftung Ernst-Reuter-Archiv wurde am 26. März 2010 gegründet. Sie ist dem Gedenken an den ersten Regierenden Bürgermeister von Berlin, Ernst Reuter (1889–1953), gewidmet. Wie kaum eine andere Persönlichkeit hat er nach dem Zweiten Weltkrieg die Geschichte Berlins und Deutschlands geprägt. Seine Rolle als wichtigste Stimme für Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung während der sowjetischen Blockade 1948/49 ist legendär. Bis zu seinem Tod im September 1953 setzte sich Ernst Reuter mit allen Kräften dafür ein, dass die Belange West-Berlins und der Menschen auf der östlichen Seite des »Eisernen Vorhangs« im politischen Geschehen der Bundesrepublik Deutschland gebührend berücksichtigt wurden.

Zugleich weist die Arbeit der Stiftung über die historische Person von Ernst Reuter hinaus. Sie richtet sich auf die wissenschaftliche Erforschung der Zeitgeschichte. Modernen Fragestellungen und interdisziplinären Ansätzen aufgeschlossen, sucht die Stiftung Ernst-Reuter-Archiv nach neuen Perspektiven auf die Geschichte Berlins und Deutschlands im 20. Jahrhundert.

Mehr Informationen unter [www.ernst-reuter.org](http://www.ernst-reuter.org)